

## Zwischen Sanktionsverletzung und Courant Normal

Von Christian Zürcher, Der Bund, 21.08.2014

Der Flirt von Schweizer Rüstungsfirmen mit Russland an der Waffenmesse Oboronexpo beschäftigt auch die Vertreter der Aussenpolitischen (APK) und der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) des Nationalrats. «Sich auf der Messe präsentieren ist das eine, Rüstungsgüter verkaufen das andere», sagt APK-Mitglied Christa Markwalder.

Die Berner FDP-Nationalrätin ist der Meinung, dass ein Messeauftritt trotz Sanktionen weiterhin drin läge. Hingegen dürfe eine Firma keine Güter verkaufen, die unter die Sanktionen des Bundesrats fallen.

Ein Gegner von jeglicher Beziehungspflege zwischen russischen und Schweizer Rüstungsfirmen ist der Zürcher SP-Nationalrat Martin Naef. «Das Einfädeln von Waffendeals für die Zeit nach den Sanktionen ist fast schon zynisch», sagt das Mitglied der APK. Zynisch, weil es dem Sinn und Zweck des Waffen-embargos widerspreche. Dieses wurde erlassen, damit alle Waffengeschäfte ruhen, darin inbegriffen seien auch Sondierungsgespräche für allfällige künftige Lieferungen.

Doch wie beurteilt der SP-Mann das Auftreten Schweizer Firmen an der Oboronexpo via russische Geschäftspartner? «Falls Schweizer Produkte lokal von russischen Geschäftspartnern vermarktet werden, dann ist dies ein Umgehungsgeschäft», sagt Naef. Damit verstosse die Firma gegen die beschlossenen Sanktionen des Bundesrates.

Derweil weist Thomas Hurter, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission und SVP-Nationalrat, darauf hin, die Ruhe zu bewahren und sich nicht in wirkungslosen Aktionen zu verzetteln, wie das gemäss seiner Meinung bereits bei der Ausladung der Kunstflugstaffel in Payerne der Fall war.

Deshalb seien auch in diesem Fall vorschnelle Schlüsse verfehlt. Der Schaffhauser Nationalrat sagt, er halte den Auftritt der Schweizer Firmen an der Messe für unproblematisch; nur schon deshalb, weil man niemandem verbieten könne, Gespräche zu führen. «Ich gehe davon aus, dass sich die betreffenden Firmen korrekt verhalten und die Sanktionen eingehalten haben.»

Das Argument der Firma Istor AG, man sei von den Behörden nicht informiert worden und mache daher weiter wie bis anhin, findet Christa Markwalder haltlos: «Das ist keine Bringschuld, denn die Sanktionen wurden vom Bundesrat kommuniziert, das Unternehmen muss sich selbst informieren.»

Eine ähnliche Meinung vertritt SP--Nationalrat Martin Naef. Er sagt: «Man darf von einem CEO oder einem Verwaltungsrats-präsidenten eines Unternehmens erwarten, dass er imstande ist, sich die benötigten Informationen selbstständig zu beschaffen.»